

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Klaus Hammer (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Förderung von Projekten und Modellen der Verbundausbildung in Rheinland-Pfalz

Die Kleine Anfrage 3721 vom 17. Januar 2001 hat folgenden Wortlaut:

Auf der Grundlage einer gemeinsamen Erklärung sind in Mainz 1997 fünf Ausbildungsbetriebe/-verwaltungen (Gemeinde Budenheim, Landtagsverwaltung, Stadt Mainz, Johannes Gutenberg-Universität, Wohnbau Mainz GmbH) in einen gemeinsamen Ausbildungsverbund gestartet, um neben der einzelbetrieblichen Ausbildung zusätzliche Ausbildungsplätze zu ermöglichen. Die Verbundpartner wollten damit auch ein Signal für gesellschaftspolitische Verantwortung auf dem Ausbildungsarbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz setzen. Zwei weitere Partner (IBM, Zweckverband Lennebergwald) sind inzwischen hinzugekommen.

So werden durch die Kooperation vorhandene Ausbildungskapazitäten besser genutzt und zusätzliche Ausbildungsplätze erschlossen, die ohne das Verbundsystem brachlägen. Daneben bringt eine solche Kombination von Erfahrungen in der öffentlichen Verwaltung und in privaten Unternehmen eine Reihe von Vorteilen mit sich, die auch in anderen Bundesländern (z. B. Nordrhein-Westfalen „Frechener Modell“) geschätzt und genutzt werden.

Dies vorausgeschickt, frage ich die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung dieses und ggf. auch andere Modelle von Verbundausbildung in Rheinland-Pfalz bekannt? Wenn ja, welche?
2. Sind Sie bereit, die im Land mit der Verbundausbildung gemachten Erfahrungen auszuwerten?
3. Welche Konsequenzen ist die Landesregierung bereit aus den verschiedenen Kooperationsmodellen zu ziehen?
4. Ist die Landesregierung bereit, mit dem Bund (Arbeitsverwaltung) darüber Gespräche zu führen, ob eine finanzielle Förderung solcher Verbundprojekte z. B. über Programme zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit möglich ist?
5. Öffentliche Verwaltungen übernehmen im Rahmen von Reformprozessen zunehmend privatwirtschaftliche Instrumente zur Verwaltungssteuerung. Ist die Landesregierung auch unter diesem Aspekt bereit, in Gesprächen mit den Wirtschaftsverbänden (IHK, HwK) anzuregen, wirtschafts- und verwaltungsübergreifende Ausbildungsansätze auch durch solche Kooperationsmodelle in den Ausbildungsberufen zu fördern, in denen das inhaltlich möglich und sinnvoll ist (z. B. Bürokauffrau/-mann, IT-Ausbildung, Fachangestellte für Bürokommunikation, gewerbliche Ausbildungsberufe)?
6. Ist die Landesregierung ggf. bereit, den ausbildenden Dienststellen und öffentlich-rechtlichen Betrieben des Landes und den sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts in Rheinland-Pfalz die Initiative zur verstärkten Ausbildung im Rahmen einer verwaltungsübergreifenden Kooperation zu empfehlen?

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 9. Februar 2001 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Ja. Die Mitte des Jahres 1998 gestartete Initiative der Stadt Mainz hat das Ziel, mit einem Modell der Verbundausbildung (private und öffentlich-rechtliche Verbundpartner) zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Darüber hinaus sind der Landesregierung weitere Modelle der Verbundausbildung in Rheinland-Pfalz bekannt. Eine vollständige Auflistung aller Modelle und Träger von Verbundausbildungen würde jedoch den Umfang der Beantwortung einer Kleinen Anfrage übersteigen.

Zu Frage 2:

Ja.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung hat im Jahr 1997 Sonderprogramme zur Bereitstellung zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplätze aufgelegt, die zunächst bis Ende dieses Jahres geführt werden. Die Förderung der betrieblichen Verbundausbildung zählt zu diesen Sonderprogrammen. Seit Auflage der Programme wurden im Rahmen der betrieblichen Verbundausbildung rd. 80 Ausbildungsplätze zu je 5 000 DM gefördert.

Die Förderung der betrieblichen Verbundausbildung stellt auf einen Betrieb als Vertragspartner des Auszubildenden oder dessen Eltern ab, wobei sich der Betrieb mit anderen Ausbildungsbetrieben die Ausbildung teilt, damit alle nach der Ausbildungsordnung vorgeschriebenen Ausbildungsinhalte vermittelt werden können. Das in der Antwort zu Frage 1 genannte Modell der Stadt Mainz entspricht insoweit dem der Landesförderung zugrunde liegenden Modell. In wenigen Fällen wurden auch Projekte von Bildungsträgern unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten gefördert.

Die bisherigen Kooperationsmodelle zeigen, dass die Verbundausbildung neben einer Ausweitung des Ausbildungspotentials zu einer Vermittlung wesentlicher Elemente zukünftiger Erwerbsstrukturen führt. Unterschiedliche Arbeitsinhalte werden an verschiedenen Orten und mit verschiedenen Partnern durchgeführt. Diese flexible Arbeitsweise, die durch die Förderung fachübergreifender und sozialer Kompetenzen durch wechselnde personelle, räumliche und lernorganisatorische Rahmenbedingungen gefördert wird, ermöglicht das Kennenlernen eines breiten Spektrums an Tätigkeiten und Techniken.

Zu Frage 4:

Im Rahmen des Sofortprogramms der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vom 1. Dezember 1999 können auch nach den neuen, seit dem 1. Januar 2001 gültigen Richtlinien Ausbildungsverbände gefördert werden.

Zu Fragen 5 und 6:

Die Landesregierung hat mit den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern als den zuständigen Stellen im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung über die Ausweitung der förderfähigen Verbundausbildung Gespräche geführt. Im Rahmen ihrer Beratungs- und Überwachungsfunktionen beraten die Ausbildungsberater der Kammern auch über Voraussetzungen und Möglichkeiten der Bildung von Ausbildungsverbänden.

Für Ausbildungsberufe im öffentlichen Dienst hat die Landesregierung selbst die Funktion einer zuständigen Stelle im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung. Diese zuständige Stelle befindet sich bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier. Neben ihren Beratungs- und Überwachungsaufgaben berät diese Stelle ebenfalls über Voraussetzungen und Möglichkeiten der Bildung von Ausbildungsverbänden.

Im Übrigen können auch die kommunalen Spitzenverbände zur Verbreitung des Gedankens der Verbundausbildung bei ihren Mitgliedern beitragen.

Hans-Artur Bauckhage
Staatsminister